

Sieben Millionen für Schuhmacher, während Zehntausende um ihren Arbeitsplatz bangen? Eine Bleifuß-Mentalität löst die Automobilkrise nicht!



LANDESINFO

extra

#1

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

Sabine Leidig: Milliardengrab Stuttgart21

"Die Kosten des Großprojekts sind astronomisch und steigen unaufhörlich. 1995 lagen sie bei 2,5 Milliarden Euro. Laut Bundesrechnungshof (Stand: Ende 2008) liegen sie inzwischen aber 'deutlich über 5.400 Millionen Euro' - eine Verdopplung in zwölf Jahren, und das noch vor Baubeginn. Die Zahlen, die jetzt aus 'Bahnkreisen' vermeldet werden, sind also von der Realität längst überholt worden."



Sabine Leidig ist Bundestagsabgeordnete der LINKEN und Verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion

Sie auch?!

DIE LINKE unterstützt die Montagsdemos gegen „Stuttgart 21“ und für „K21 – Ja zum Kopfbahnhof – Bahnhof mit Vernunft“ - Sie auch?! Jeden Montag, 18.00 - 18.30 Uhr Hauptbahnhof Stuttgart, Nordausgang

„Gutbezahlte Industriearbeitsplätze verschwinden, die Landesregierung macht keine Industriepolitik, die finanziell ausgebluteten Kommunen bauen Arbeitsplätze ab und können keine Kinderbetreuung garantieren. Hartz IV zwingt, jeden noch so schlecht bezahlten Drecksjob anzunehmen, und Arbeitgeber wie Schlecker betreiben Lohndumping, das sie sich von der Allgemeinheit via Hartz IV für "Aufstocker" finanzieren lassen. Das kann und muss man nicht hinnehmen!“



Dorothee Diehm ist Landessprecherin der Südwest-LINKE und IG Metall - Gewerkschaftssekretärin

Schumi kommt: C-Klasse geht!

Die Entscheidung des Daimler-Konzerns, ohne erkennbare Not die Produktion der C-Klasse nach Bremen und Tuscaloosa (USA) zu verlagern, wird in Baden-Württemberg Zehntausende Beschäftigte um ihren Arbeitsplatz bringen. Die Verlagerung einer großen Massenproduktion findet nicht statt, weil in Sindelfingen rote Zahlen geschrieben werden, sondern weil die Produktion in den USA einen höheren Profit verspricht. Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums interessiert den Vorstand bei seiner Profitgier nicht.

Im Automobilbereich liegen die Auftragsrückgänge allein durch die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bei bis zu 40 Prozent, wovon natürlich auch alle Zulieferer betroffen sind.

Hinzu kommt der Maschinenbau: Hier vermelden einzelne Firmen bis zu 50 Prozent Auftragsrückgang. Der Industrie im Ländle droht der

Kollaps und Daimler verlagert eine wichtige Massenproduktion! Und die Landesregierung? Sie tut nichts dagegen!

Trotz der Kurzarbeits-Möglichkeit gingen 2009 bereits 5,3 Prozent der Industriearbeitsplätze in Baden-Württemberg verloren (Südwestpresse). Besonders betroffen ist hier die Gruppe der so genannten angelernten und ungelerten Beschäftigten. Sie arbeiten am Band oder führen in der Produktion einfache Helfertätigkeiten aus.

Mit der Verlagerung der Massenproduktion „C-Klasse“ sind vor allem diese Tätigkeiten gefährdet. Eine funktionierende Gesellschaft muss aber allen die Möglichkeiten geben, das Leben durch vernünftig bezahlte Arbeit zu meistern. Wenn An- oder Ungelernte ihre Arbeit in der Industrie verlieren, bekommen sie heute mit viel Glück eine unterbezahlte Tätigkeit in einer Leiharbeitsfirma angeboten. Meistens kann man von diesem Entgelt aber nicht leben. Mit weniger Glück gibt's keinen Job und man bekommt dann nach einem Jahr Hartz IV, anfangs noch mit ein paar Euro Übergangsgeld, aber kurze Zeit später steht man mit 359 Euro plus

Warmmiete unter dem Generalverdacht, ein Sozialschmarotzer zu sein.

abhängig!

Die Verpflichtung von „Schumi“ für das erneute Formel-I-Abenteuer des Konzerns ist ein völlig falsches Signal! Die Autokrise verlangt nach umweltfreundlichen Autos oder nach noch weit intelligenteren

„Daimler sagt: ‚Wir wollen dort produzieren, wo der Markt ist.‘ Das ist neu. Man stelle sich vor, alle exportierenden Firmen machen das so. Dann ‚Gute Nacht‘, Baden-Württemberg.“

Erich Klemm, Daimler-Betriebsratsvorsitzender, sinngemäß am 1. Dezember bei einer Protestkundgebung vor dem Daimler-Werkstor 17 in Sindelfingen

Nun sind die Daimler-Beschäftigten in Sindelfingen durch die vom Betriebsrat ausgehandelte Vereinbarung bis 2020 einigermaßen geschützt. Aber selbst wenn man weglässt, dass der Konzern über Ausstiegsklauseln aus der Vereinbarung rauskommt, die Vereinbarung schützt nicht die Arbeitsplätze. Also wenn betriebsbedingte Kündigungen nicht stattfinden, kann das trotzdem den Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen in Sindelfingen bedeuten. Das bedeutet,

Lösungen, um das Bedürfnis der Menschen nach Mobilität zu befriedigen! Hier liegen auch die Chancen für zukünftige Industriearbeitsplätze. Aber für diese Aufgabenstellung ist Bleifuß Schuhmacher als Werbeträger ungeeignet!

Außerdem ist es grotesk, dass ein Einzelner einen Sieben-Millionen-Euro-Vertrag erhält, das Formel-I-Abenteuer weitere zig Millionen kostet, während Zehntausende um ihren Arbeitsplatz bangen.

„Wir sind auch deshalb Exportweltmeister, weil die Leute hier zu wenig verdienen.“

freiwerdende Stellen (Beschäftigte kündigen, gehen in Rente, werden versetzt) werden nicht mehr besetzt.

Viel schlimmer sieht es bei den Zulieferern aus, bei denen zwischenzeitlich weit mehr Menschen arbeiten, als bei den Autofirmen selbst. Man muss sich vergegenwärtigen, was es bedeutet, wenn eine sehr hochwertige Massenproduktion verlagert wird: Jeder sechste Arbeitsplatz in der Region Mittlerer Neckar ist von der Automobilproduktion

Das Landesinfo extra befasst sich mit der bereits stattfindenden De-Industrialisierung in Baden-Württemberg und mit dem damit zusammenhängenden finanziellen Ausbluten der Kommunen: Wir sollen die Kosten der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zahlen, den Bankern schiebt man es vorne und hinten rein, und die Industrie verduftet.

DIE LINKE hat Konzepte gegen die Krise, für eine zukunftsfähige Industriepolitik und für ein gutes Leben in sozialen und lebenswerten Kommunen.

Richard Pitterle MdB, Sindelfingen

V E R A N S T A L T U N G

Krise, De-Industrialisierung und die kommunalen Haushalte

Diskussion mit Sybille Stamm, Bernd Rixinger und Klaus Ernst
Donnerstag, 4. Februar, 20:00 Uhr
Gewerkschaftshaus Stuttgart, Willi-Bleicher-Straße 20
Eintritt frei!



Europa auch bald pleite?

Oettinger wird nach Brüssel befördert. LBBW Beschäftigte bangen um ihren Arbeitsplatz.

Man kann nicht behaupten, dass unser noch amtierender Ministerpräsident seine Aufsichtspflicht bei der LBBW besonders gut erfüllt hat. Nicht nur er hat die Renditeversprechungen der Manager dankbar aufgenommen und den riskanten Spekulationsgeschäften auf den internationalen Finanzmärkten kritiklos zugeschaut. Die neoliberale Ideologie, dass eine Volkswirtschaft wie ein Betrieb funktioniert und alles oder doch fast alles über die freien Märkte geregelt wird, war doch das was außer einigen linken Spinnern alle vertreten haben. Damit konnte man doch eigentlich nicht falsch liegen. Dass eine öffentliche Bank, die den baden-württembergischen Bürger/innen gehört die Funktion hat den regionalen Geldzufluss sicher zu stellen, Kredite für die baden-württembergische Wirtschaft zu gewähren und als Refinanzierungsinstitut für die ebenfalls öffentlichen Sparkas-

sen zu agieren steht nochmal auf einem anderen Blatt. Jetzt mussten das Land, die Stadt Stuttgart und die Kreissparkassen zusammen 5 Mrd. Euro aufbringen, um die LBBW zu retten. Auch das wäre vermeidbar gewesen, denn der Bankenschutzschirm der Bundesregierung hätte ohne Probleme in Anspruch genommen werden können. Man wollte sich jedoch nicht in die Karten schauen lassen. Jetzt fehlt das Geld für andere Projekte und sinnvolle Maßnahmen. Haften tun die Bürger/innen.

Die LBBW muss nun gewaltig Geschäftsvolumen abbauen. Über 2500 Arbeitsplätze sollen vernichtet werden. Viele Beschäftigte bangen um ihre Zukunft. Die wichtigste Aufsichtsperson, Günther Oettinger, wird nach Brüssel befördert, während Bürger/innen und Beschäftigte die Folgen ausbaden müssen.

www.die-linke-bw.de

Hartz IV ist eine Armut- und Niedriglohnmaschine!

von Klaus Ernst, MdB

Knapp fünf Jahre nach Einführung von Hartz IV hält Klaus Ernst das Gesetzespaket für "endgültig gescheitert". Den Befürwortern des Gesetzes wirft der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE "sozial inkompetente Schönrederei" vor und konstatiert: "Hartz IV hat zu massenhafter Armut und Lohndumping auf breiter Front geführt. Das Gesetz ist eine Armut- und Niedriglohnmaschine." Ernst weiter: "Hartz IV war ein Generalangriff auf die Bevölkerung. Für Millionen Erwerbslose und ihre Kinder bedeutet es Armut per Gesetz. Die Beschäftigten wurden in Angst und Schrecken versetzt, weil sie im Fall der Arbeitslosigkeit jeden Schutz verlieren. Die Löhne sind seitdem auf der Rutschbahn und sinken in Deutschland real, egal ob gerade Aufschwung oder Krise ist. Alle Zahlen zeigen, dass Menschen, die einmal in Hartz IV sind, deutliche Abstriche bei künftigen Jobs machen müs-

sen. Fünf Jahre Hartz IV sind kein Grund zum Feiern und Schönreden, sondern zum Umdenken. Die Regelsätze müssen sofort deutlich angehoben werden. Vor allem für Kinder muss es schnell mehr Geld geben. Zudem brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn nach französischem Vorbild. Weniger als zehn Euro pro Stunde sollte niemand verdienen. Außerdem muss in der Krise das Arbeitslosengeld I für alle Anspruchsberechtigten auf 24 Monate verlängert werden, damit möglichst vielen Betroffenen das Schicksal Hartz IV erspart bleibt."



Kinderland???

Sabine Rösch-Dammenmiller: Mütter und Kinder zahlen mit ihrer Zukunft für die Krise! Das darf nicht sein!

„Recht auf Kita-Platz wackelt“ titelte die Südwestpresse am 5. Januar. Die leeren öffentlichen Kassen führen wahrscheinlich dazu, dass der ab 2013 geltende Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz nicht zu halten ist. Das betrifft vor allem Frauen. Ganz besonders allein erziehende Mütter und ihre Kinder. 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen. Davon bezieht über die Hälfte Hartz IV. Vor allem diese Personengruppe ist auf einen Kinderbetreuungsplatz angewiesen. Für Alleinerziehende ist ein Kinderbetreuungsplatz die Grundvoraussetzung, wieder eine Erwerbsarbeit aufzunehmen und so die Armutsspirale durchbrechen zu können.

Es überkommt einen die kalte Wut, wenn man sieht, wie den Banken die Milliarden hinterher geworfen, Frauen und Kinder aber ihrer Zukunft beraubt werden. Ich bin in der LINKEN, weil wir eine andere Politik fordern. Wir wollen einen Betreuungsplatz für jedes Kind schaffen. Was für jämmerliche Figuren, die vom „Kinderland“ fasziniert sind und dann nicht das Rückgrat haben, sich für Kinder und Mütter einzusetzen!



Sabine Rösch-Dammenmiller ist familienpolitische Sprecherin der Südwest-LINKEN

DIE LINKE fordert:

- + gebührenfreie Kita-Plätze + Ausbau der Kleinkindbetreuung nach Gesetz
- + mehr ErzieherInnen und Ausbau der Weiterbildung + Ausbau der Sprachförderung

STOP XL-Schlecker auf dem Rücken von X-Tausenden Frauen? Niemals! Jetzt hat der Druck geholfen! Lohndumping!

XL-Lohndumping auf dem Rücken vieler Frauen - Das war bei XL-Schlecker teilweise schon Wirklichkeit geworden: Schlecker-Mitarbeiterinnen wurde dazu ein „neuer“ Arbeitsvertrag präsentiert: Mit weniger Urlaubsanspruch, keinem Urlaubsgeld, keinen bezahlten Überstunden, keinem Weihnachtsgeld. Stundenlohn 6,78 Euro statt der bisherigen 10,07 Euro. Über Nacht wurden sie so von Festangestellten zu jederzeit kündbaren Leiharbeiterinnen.

Schlecker wollte die komplette Stammebelegschaft austauschen und seinen Laden mit Leiharbeiterinnen, Billigkräften und geringfügig Beschäftigten aufrecht erhalten. Mit dieser „intelligenten Personalpolitik“ beabsichtigte der Drogerie-Discounter seine Personalkosten um 350 Mio. Euro pro Jahr auf nahezu die Hälfte zu reduzieren. Das Verarmungsrisiko ist für Arbeiterinnen im Einzelhandel vier- bis fünfmal höher als bei anderen Branchen.

DIE LINKE hat diese radikale Personalstrategie von Schlecker

nicht akzeptiert. Denn wenn Schlecker mit dieser Strategie durchgekommen wäre, dann wäre das die Zukunft aller Frauen im Einzelhandel gewesen!

DIE LINKE wendet sich immer gegen eine Politik, die...

...Frauen an den Rand der Gesellschaft drängt und der Möglichkeit beraubt, sowohl für ihre Kinder als auch für sich selbst zu sorgen

...Frauen dazu zwingt, in unsicheren Arbeitsverhältnissen zu arbeiten, Hartz-IV-Lohnaufstockerinnen zu sein und monatlich bei der Arbeitsagentur vorzusprechen, bei Strafe der Kürzung oder gar Streichung der Unterstützung

...den Verlust ihrer sozialen und ökonomischen Unabhängigkeit in Kauf nimmt, die drohende Altersarmut, Isolation und schlechte Gesundheitsversorgung zulässt.

DIE LINKE will Leiharbeit wieder ordentlich regulieren. Kein Lohndumping und keinen Niedriglohn. Frauen dürfen nicht länger Be-

schäftigte zweiter Klasse sein! Auch deshalb tritt DIE LINKE für einen flächendeckenden Mindestlohn ein.

DIE LINKE unterstützte die Gewerkschaften und die sich wehrenden Schlecker-Arbeiterinnen bei ihrem Kampf um menschenwürdige Arbeitsplätze. Vor zwei Monaten tat das Arbeitsministerium eine Anfrage der Linken Abgeordneten Zimmermann noch ab. Von Anne Will zur Rede gestellt lenkte Ministerin von der Leyen ein... **Jetzt hat Schlecker eingelenkt! „MENIAR“ ist vom Tisch!**



Marta Aparicio ist im Landesvorstand der Südwest-LINKEN und eine aktive Kämpferin gegen Lohndumping und für echte Gleichstellung

Und so sollte es laufen: Den bisherigen Beschäftigten in den bestehenden Märkten wird betriebsbedingt gekündigt. Anschließend können sie als Leiharbeiterinnen bei MENIAR („Menschen in Arbeit“) für den halben Lohn anfangen und werden an die neuen XL-Schlecker-Märkte ausgeliehen. MENIAR ist ein Teil des Konzerns, der in Absprache mit Schlecker agiert und Zugriff auf die Personaldaten der Mitarbeiterinnen hat.

Krisen erfordern andere Politik!

Baden-Württemberg von der Krise besonders betroffen - Landesregierung hilf- und ratlos!

Baden-Württemberg ist von der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders betroffen. Die Bereiche Maschinenbau, Automobilindustrie und Zulieferindustrie erfahren zum Teil dramatische Auftragseinbrüche von bis zu 30 %. Die exportlastigen Bereiche haben außerdem mit Schwierigkeiten auf den Weltmärkten zu kämpfen. Die Beschäftigung sinkt mehr als in anderen Bundesländern. Viele befürchten nach Auslaufen der Kurzarbeit, dass es in größerem Ausmaß zu Entlassungen kommt. Verschärft wird die Krise noch durch das Verhalten der Banken. Sie refinanzieren sich zwar bei der europäischen Zentralbank mit 1 %, verlangen aber für Firmenkredite zwischen 9 und 13 %, wenn sie überhaupt Kredite verleihen. Das bringt viele Betriebe in große Liquiditätsprobleme oder treibt sie direkt in den Konkurs. Leidtragende dieser Entwicklung sind die

Beschäftigten, die um ihre Arbeitsplätze fürchten müssen und die Erwerbslosen, deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt noch schlechter werden.

Südwest-LINKE fordert Sofortprogramm für Erhalt der Arbeitsplätze

Bereits im Herbst forderte DIE LINKE ein Sofortprogramm von 10 Mrd. Euro von der Landesregierung. 5 Mrd. in Form von Bürgschaften und zinsgünstigen Krediten sollen die Betriebe vor dem Zusammenbruch retten. Bedingung: Die Arbeitsplätze müssen erhalten werden. 5 Milliarden sollen als Investitionsprogramm in die notleidenden Kommunen fließen. Dort in erster Linie für Bildung, Soziales, Kindergärten, öffentliche Infrastruktur, ökologischen Umbau, Gesundheitswesen, usw. Es kann nicht sein, dass in einem der reichsten Länder der

Welt Turnhallen geschlossen werden, weil die Decken einbruchgefährdet sind, der Kalk in vielen Schulen von den Wänden rieselt und die Toiletten seit 25 Jahren nicht mehr renoviert wurden. Hier ist dringender Handlungsbedarf. Außerdem schafft das dringend notwendige Beschäftigung. Arbeitsplätze, die anderswo verloren gehen, würden der Jugend eine Perspektive bieten. Wenn in der aufziehenden Beschäftigungskrise auch noch im öffentlichen Bereich Personalabbau betrieben wird, wäre das katastrophal.

Landesregierung ist Teil des Problems und nicht der Lösung

Seit Ausbruch der Krise schaut die Landesregierung unter Noch-Ministerpräsident Oettinger und dem designierten Ministerpräsi-

Bernd Riexinger ist Landessprecher der Südwest-LINKEN



DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

denten Mappus weitgehend taten- und hilflos zu, wie Teile der industriellen Kerne und Tausende von Arbeitsplätzen verloren gehen. Vergeblich wartete man beim Kampf um den Erhalt der C-Klasse in Sindelfingen auf eine Unterstützung von dieser Landesregierung. Sie glaubt ihren eigenen Beschwürungen, dass es bald wieder aufwärts gehe und eine bessere Konjunktur es schon richten wird. Ein gefährlicher Glaube für die Menschen in Baden-Württemberg.

DIE LINKE hat konkrete Vorschläge gemacht. Bessere liegen bisher nicht auf dem Tisch. Damit sie aufgegriffen werden, müssen jedoch noch mehr Belegschaften auf die Straße gehen und sich gegen den drohenden Arbeitsplatzabbau und Betriebsschließungen wehren.

Auf ein Wort unter politisch interessierten und engagierten Beschäftigten...

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

wahrscheinlich hast Du bei der Bundestagswahl DIE LINKE gewählt. DIE LINKE ist keine Gewerkschaftspartei. Dennoch haben sich in unserem Bundestagswahlprogramm auch solche aktuellen und langfristigen Forderungen wiedergefunden, die für die Arbeitnehmerschaft wichtig sind. Darin enthalten waren auch Forderungen und Versprechen, die noch 1998 die SPD in ihrem Wahlprogramm drin hatte, und die sie trotz elfjähriger Regierungszeit nicht verwirklichen wollte.

Aber DIE LINKE ist auch kein Wahlverein! Wir brauchen aktive Mitglieder, vor allem die, die auch in Betrieb und Gewerkschaft Verantwortung für Kolleginnen und Kollegen übernommen haben und jeden Tag übernehmen. Die aus meiner Sicht leidvolle Geschichte der SPD hat gezeigt, dass keine Partei davor gefeit ist, sich zu verselbständigen. Die Geschichte der einstigen Arbeiterpartei unter Willi Brandt hin zur Rente-Erst-ab-67-Partei unter Müntefering zeigt eine Entwicklung, vor der auch DIE LINKE nicht sicher ist. Heute ist es so, dass sich DIE LINKE für Rentnerinnen und Rentner, Beschäftigte und ihre Familien, Studierende und Erwerbslose rückhaltlos einsetzt. Aber ob das auch in Zukunft so sein wird, hängt entscheidend davon ab, wer Mitglied bei uns ist. Leider mache ich die Erfahrung, dass sich gerade viele interessierte

und aktive Kolleginnen und Kollegen vornehm zurückhalten, wenn es um eine Mitgliedschaft bei uns geht. Manche schrecken geradezu zurück. Dabei war es für mich seit den 80ern und nach meinem Austritt aus der SPD auch undenkbar, einer Partei beizutreten. Gut, Du kannst Dich bei attac, bei Greenpeace, in einer Bürgerinitiative, wo auch immer engagiert. Das ist ebenfalls wichtig, und auch wir achten darauf, mit diesen außerparlamentarischen Gruppen genauso wie mit Gewerkschaftsmitgliedern zusammen zu arbeiten.

Dennoch: Die derzeitige Entwicklung – jeder Artikel in dieser Zeitung zeigt das – macht deutlich, dass wir mit betrieblichen Lösungen, sogar mit Branchenlösungen oder rein außerparlamentarischem Engagement nicht mehr weiterkommen. Manche Problemstellungen lassen sich nur politisch und über eine andere Gesetzgebung, also parlamentarisch lösen: Die ganzen Sozialstaatsfragen, von Rente über Gesundheit, Pflege, Arbeitslosigkeit. Fragen in der Kommune, im sozialen Wohnungsbau, in der Bildung und bei der beruflichen Bildung. Fragen der Arbeitsbeziehungen zwischen Unternehmen und abhängig Beschäftigten, und jetzt ganz aktuell bei der nicht vorhandenen Industriepolitik in Baden-Württemberg!



Und alles das sollen wir als Partei DIE LINKE irgendwie lösen? Ohne Deine Unterstützung, Deine Mitgliedschaft, Deinen finanziellen Beitrag? Ja, reden wir mal über die Finanzen: Alle ändern, auch die Grünen, kriegen Geld von der Allianz. Gut angelegtes Geld im Sinne des „Finanzdienstleisters“. Und von anderen Unternehmen auch. Wir kriegen da gar nichts. Und wäre es so, dann würde wahrscheinlich nicht nur ich darüber nachdenken, was wir falsch machen. Du weißt genauso gut wie ich, dass politische Arbeit dennoch viel Geld kostet.

Bitteschön: Hier auf dieser Seite ist alles was Du brauchst: Eintrittsformular, Abbuchungsermächtigung usw. Ausfüllen, ausschneiden, abschicken...

Stefan Ochoa
Landessprecher der
LAG betrieb&gewerkschaft

Ich will Mitglied werden

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE.

Name:

Adresse:

Geburtsdatum:

Staatsbürgerschaft:

Tel:

Email:

Monatlicher Beitrag: _____ Euro

Zahlungsweise

monatlich

vierteljährlich

halbjährlich

jährlich

Zahlungsart

Überweisung

Bankeinzug

Datum:

Unterschrift:

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich die Partei DIE LINKE den fälligen Mitgliedsbeitrag von unten aufgeführtem Konto einzuziehen:

Kontoinhaber:

Bank:

BLZ:

Kontonummer:

Datum:

Unterschrift Kontoinhaber:

Ich erkläre AUCH meine Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft und erhalte ab sofort alle aktuellen und wichtigen Infos aus diesem Bereich („Die Mitgliedschaft ist gratis aber nicht umsonst!“).

Diesen Abschnitt bitte schicken ab:
DIE LINKE Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart.

Du bekommst immer im Laufe des März eines Jahres von uns eine Mitgliedsbeitrags- bzw. Spendenbescheinigung für den Lohnsteuerjahresausgleich. Du kannst den Mitgliedsbeitrag aber auch gleich auf Deiner Lohnsteuerkarte als Freibetrag eintragen lassen. Beitragshöhe? Ist kompliziert, aber wenn Du von ungefähr einem gefühlt starken Prozent vom Netto ausgehst, ist es in Ordnung. Also bei 1.800 netto ungefähr 20 Euro, bei 3.100 netto ungefähr 40 Euro.



Mehrheit lehnt schwarz-gelbe Steuerpläne ab

Nach einer neuesten Umfrage sprachen sich im Deutschlandtrend (ARD) 58 % der Befragten gegen die Steuerpläne der schwarz-gelben Regierung aus. Offensichtlich befürchten die meisten zurecht, dass die Regierung das Geld für Steuer geschenke an einen kleinen Teil der Bevölkerung bei ihnen schon wieder holen wird. Erfahrungsgemäß zahlen zum Schluss wieder die Beschäftigten, RentnerInnen und Erwerbslose. Überraschend ist, dass sich selbst eine Mehrheit der FDP-WählerInnen gegen die Steuerpläne ausspricht.

Schon die aktuelle Steuersenkung geht zu Lasten der Länder und Kommunen. Dort reagieren die Verantwortlichen mit Gebührenerhöhungen, Abbau von kommunalen Leistungen und Stellenabbau. Die Mehrheit der Bevölkerung scheint sozial verantwortlicher zu denken als die Regierung. Sie halten ein funktionierendes Gemeinwesen für wichtiger als Steuerermäßigungen, von denen in erster Linie Erben, Reiche und SpitzenverdienerInnen profitieren.

Nicht so unser designierter Ministerpräsident, Stefan Mappus. Er befürwortet nach wie vor die Steuerpolitik der Bundesregierung. Jetzt muss er sparen, zu Lasten der Bevölkerung in Baden-Württemberg.

Stunden statt Menschen entlassen!

Allein in der Automobilindustrie bestehen weltweite Überkapazitäten von 20-25 Prozent. Durch den dramatischen Auftrags- und Produktionsrückgang bauen sich Überkapazitäten auch in anderen Branchen auf. In der Regel werden diese durch Standort-schließungen, Entlassungen und Personalabbau abgebaut. Gerade in Baden-Württemberg droht dies nach Auslaufen der Kurzarbeit. Das ist jedoch die inhumanste Form des Abbaus von Überkapazitäten, die Tausenden von Menschen ihre Existenzgrundlage entzieht. Die humanere Form ist das z.B. von der IGM in Esslingen entwickelte Konzept „Stunden statt Menschen entlassen“. Unter

solchen Bedingungen kommt der Arbeitszeitverkürzung eine immer wichtiger werdende Bedeutung zu, wohlgermerkt bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Die vorhandene Arbeit muss auf mehr Schultern verteilt werden.

Kurzarbeit ist im Grunde eine befristete Arbeitszeitverkürzung mit dem Nachteil von Einkommenseinbußen. Dabei wird jedoch davon ausgegangen, dass nach Auslaufen der Kurzarbeit alles so weitergeht wie vorher. Die Krise ist jedoch so tief, dass wir davon nicht ausgehen können. Die als Notmaßnahme gegen

die Krise verlängerte Kurzarbeit ist der richtige Weg, sie muss jedoch übergehen in eine generelle Arbeitszeitverkürzung.

Arbeitszeitverkürzung hat eine hohe politische Bedeutung und ist deswegen nicht nur eine Frage der Tarifparteien, sondern der gesamten Gesellschaft. Je weniger Arbeitslose und Niedriglöhner und demzufolge mehr Beitragszahler in die Sozialsysteme wir haben, umso besser. Das ist mit einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich deutlich zu stabilisieren.

Die herrschende Tendenz, immer mehr Arbeitslose und

Niedriglöhner und weniger sozialbeitragspflichtige Beschäftigung führt in die Altersarmut, da die Arbeitslosen und auch Niedriglöhner, als Rentner noch viel weniger Einkünfte haben werden, von denen sie in Würde leben können.

Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung ist von zentraler Bedeutung und somit auf allen Ebenen zu führen, von den Gewerkschaften bis zur Politik.

Albrecht Kotitschke ist im aktiven Unruhestand, ehem. BR-/EBR-Vorsitzender von Alstom

V E R A N S T A L T U N G

Krise, De-Industrialisierung und die kommunalen Haushalte

Diskussion mit:

Klaus Ernst

MdB DIE LINKE und Stv. Fraktionsvorsitzender

Sybille Stamm

Langjährige ver.di Landessprecherin und jetzt Landessprecherin der Südwest-LINKEN

Bernd Riexinger

Landessprecher der Südwest-LINKEN und ver.di Geschäftsführer Bezirk Stuttgart

Donnerstag, 4. Februar 2010

20:00 Uhr

Gewerkschaftshaus Stuttgart

Willi-Bleicher-Straße 20

Eintritt frei!

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

Albrecht Klumpp
Betriebsratsvorsitzender

Dageblieben! Keine De-Industrialisierung auf Kosten der Menschen!



Zwei Entwicklungen führen im wesentlichen zur fortschreitenden Deindustrialisierung.

Erstens, die regelmäßige Steigerung der Produktivität. Zweitens, die Verlagerung von Arbeitsplätzen. Die Region Stuttgart ist besonders betroffen (Automobil, Maschinenbau).

Die Produktivität steigt stetig durch verbesserte Arbeitsorganisation, leistungsfähigere Maschinen, neue Verfahren und Produkt-Innovationen. Der dadurch erwirtschaftete steigende Reichtum muss entweder an die Gesellschaft weitergegeben werden, oder es entfallen Arbeitsplätze.

Dass derzeit nur die Gewinneinkommen profitieren, sieht man an der sinkenden Lohnquote und auch an der fehlenden Binnennachfrage. Die Unternehmen bauen Arbeitsplätze ab. Die sinnvollste Alternati-

ve wäre eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Verlagerung von Arbeitsplätzen in sogenannte Billiglohnländer aufgrund kurzfristiger Gewinninteressen hält weiterhin an (obwohl es inzwischen gegenteilige Beispiele gibt). Die Entwicklung wird auch durch den steigenden Einfluss von Investoren (sog. Heuschrecken) befördert, die keine weitsichtige Industriepolitik verfolgen.

Ein weiteres Motiv für Verlagerungen ist das Abschieben von Risiken auf die Lieferanten. Betroffen sind überwiegend gewerbliche Arbeitsplätze. Es werden aber auch zunehmend Arbeitsplätze in Verwaltung und Entwicklung tangiert.

Das fatale an der Sache ist, dass die Belegschaften die den Reich-

tum schaffen bzw. ihre Vertreter, keinerlei Mitbestimmungsrechte bei unternehmerischen Entscheidungen haben.

Die Betriebsräte haben immer nur dann Mitbestimmungsrechte, wenn die Auswirkungen unternehmerischen Handelns behandelt werden müssen. Auch die vielgelobte deutsche Mitbestimmung in den Aufsichtsräten existiert schlichtweg nicht.

Fazit: Um eine weitsichtige, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Industriepolitik machen zu können, müssen die Betroffenen Mitbestimmungsrechte erhalten. Der Gesetzgeber muss gezwungen werden, die entsprechenden Gesetze zu machen.

Albrecht Klumpp ist Betriebsratsvorsitzender Coperion (Werner und Pfeleiderer)

IMPRESSUM

Landesinfo extra 1/2010, Sonderausgabe - Auflage: 15.000

Herausgeber: DIE LINKE LV Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart

Konzept/Gestaltung: Stefan Dreher und Gregor Mohlberg - ViSdP: Bernhard Strasdeit

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG